

mation bestellt ist, fragt sich Biljana Kašič vom Zentrum für Frauenstudien Zagreb, das seit 1995 entsprechende Studienmöglichkeiten offeriert. Soll Akzeptanz auf authentischer Basis, d.h. gestützt auf eigene Aktivitäten und Arbeitsergebnisse innerhalb der Institution, gesucht werden? Oder ist es ratsam, sich auf Modelle westlicher Länder zu berufen und diese zu implementieren? „The question that I leave you with is whether the emancipatory model of education functions as a new code of potential ‘western’ colonisation or a place for possible co-operation for women’s studies networking.” (S. 359)

Letztlich geht es nicht mehr um die Entscheidung zwischen zwei konträren Modellen, sondern um eine phantasievolle Kombination von Tradition (Ost wie West) und Innovation (Ost wie West). „In my opinion, ten years after the lifting of the Iron Curtain it is time to move beyond the initial period of learning and listening. This period should be over now, and a more substantial question is to be asked: what is to be the possible contribution of feminist scholarship emerging in the ‘other Europe’ to the development of feminist discourse in the late 1990s?“ (Jiřina Šmejkalová, University of Durham, S. 52).

Veranstalterinnen und Teilnehmerinnen waren sich darin einig, dass es mit der Tagung geglückt ist, einen nützlichen und nachhaltigen „weltumspannenden Brückendiskurs“ zu etablieren (S. 18). Dank der gelungenen Dokumentation (samt Kurzbiographien und Kontaktadressen) steht es jedermann offen, das Netzwerk um neue Verknüpfungen zu bereichern.

Anke Burkhardt (Wittenberg)

Frank Nullmeier/Tanja Pritzlaff/Achim Wiesner 2003: Mikro-Policy-Analyse. Ethnographische Politikforschung am Beispiel Hochschulpolitik. Campus, Frankfurt/Main. 276 Seiten, ISBN 3-593-37281-9, €34,90

Vielleicht erinnern sich manche Leserinnen und Leser noch an die Kindersachbücher der Reihe „WAS IST WAS“? Dort erhält „kind“ Einblicke in fremde Welten, seien es nun die der alten Griechen, der Dinosaurier oder die „Wunderwelt der Bienen und Ameisen“. Spannend sind solche

Entdeckungsreisen allemal. Mit auf eine Tour in die Mikrowelt der Politik, genauer: der Hochschulpolitik nehmen uns die Frank Nullmeier, Tanja Pritzlaff und Achim Wiesner in ihrem Buch *Mikro-Policy-Analyse*. Darin fragen sie, was der interessierte Beobachter der Hochschulpolitik schon immer wissen wollte, nämlich wie denn nun „eigentlich“ Politik „wirklich“ funktioniert: Wie wird Politik gemacht? Was passiert in dieser „Black Box“ zwischen Input und Output“ (S. 37) des politisch-administrativen Systems? Als informierte Beobachter oder auch „nur“ zeitungslisende Begleiter des Geschehens meinen wir, die wichtigsten Akteure oder auch die Hauptargumentationslinien bereits zu kennen, verwehrt ist aber uns der Blick auf die – wie Erving Goffman sagen würde – Hinterbühne, auf das „innere Geschehen“ der Politik“ (S. 9). In der DFG-geförderten Untersuchung geht es also nicht um die Makrostrukturen der Hochschulpolitik, sondern um die Erforschung der „Mikrowelt einer Policy“ (S. 9). Wenn man tief blicken will, muss man sich auf beherrschbar kleine Felder konzentrieren. Daher wählten die AutorInnen zwei Politikbereiche aus:

- Zum einen die Debatte um eine *Reform der Ausbildungsförderung der Studierenden*, die BAFÖG-Reform im Jahr 2000. Um die „Innenwelt“ (S. 9) dieser Policy kennen zu lernen, begleiteten die ForscherInnen in der Hauptsache den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestags und nahmen u.a. an Sitzungen des Bundestagsausschusses Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung teil.
- Zum anderen die *Verhandlungen zur Hochschulbaufinanzierung*. Dieser Bereich steht stärker im Schatten der politischen Agenda als die durchaus politisch brisante BAFÖG-Reform. Routine beherrscht die Verhandlungen zwischen Wissenschaftsrat und interministeriellen Arbeitsgruppen. Verhandlungsgegenstand sind Großinvestitionen in Hochschulbau und Großgeräte, die von Bund und den Ländern kofinanziert werden. Die AutorInnen begleiteten in erster Linie Sitzungen des Wissenschaftsrates und des Planungsausschusses für Hochschulbau.

Wie sie das machten, das heißt, wie sie ihr methodisches Handwerkszeug ordneten und optimierten, explizieren sie im zweiten Kapitel: Dabei betreten Nullmeier, Pritzlaff und Wiesner durchaus Neuland: Teilnehmende Beobachtung im Sinne ethnografischer Politikforschung, das heißt insbesondere tage- und wochenlange Feldarbeit, ist noch ein junges Gebiet der

empirischen Politikforschung. In diesem besonderen Zugang liegt auch der Wert dieser Studie – ein Bericht über die Orte des ‚eigentlichen‘ politischen Entscheidens. In der Vermittelbarkeit, im Begreifbarmachen der Einblicke und Eindrücke besteht denn auch das große Problem solcher ethnografischen gewonnenen Erkenntnisse: Wie kann der Bogen vom Erlebnisbericht zu einer fundierten sozialwissenschaftlichen Analyse geschlagen werden? Wie kann diese fremde Welt verstehbar gemacht werden, ohne ins Anekdotische abzugleiten und nur Idiosynkrasien zu reproduzieren. Die Autoren versuchen das Gefühl für diese Orte und das Geschehen, dem Leser mit einigen wenigen Situationsbeschreibungen näher zu bringen (so auf den Seiten 193ff. und 203ff.).

Aber nochmals zurück: Bevor es ins Feld geht, wird erst einmal ein begrifflich-konzeptioneller Rahmen für eine derartige interpretative Mikro-Policy-Analyse erarbeitet. Drei Begriffe sind hierbei forschungsleitend:

1. *Wissen* (im Sinne von Alfred Schütz) „umfasst alle Bestände an individuell und kollektiv verfügbaren Sinndeutungen subjektiver, objektiver und sozialer Welt“ (S. 17). Eine zentrale Kategorie des Wissens ist das Policy-Prinzip, das „zentrale Regelungsstrukturen und Legitimationsfiguren, die ein Politikfeld in seiner Gesamtheit strukturieren“ bezeichnet (S. 20).
2. Es handelt sich bei der Studie um nicht ausschließlich um eine Diskursanalyse, es geht auch um *Praktiken* und Positionierungen. Unter *Praktiken* verstehen die AutorInnen „Formen beobachtbaren und sinnhaft deutbaren Operierens mindestens eines Akteurs“ (S. 18).
3. Und schließlich bezeichnen *Positionierungen* „interpretierte, mit Sinn und Werthaftigkeit aufgeladene Verteilungs- und Gruppierungsstrukturen, mögliche Formen der Nähe und Ferne, Höherschätzung und Unterlegenheit, Verbindung und Trennung zwischen den Akteuren eines Policy-Feldes“ (S. 19).

Bevor nun endlich „ins Feld gegangen wird“, müssen erst die beiden Spezial-Policies Studierendenförderung und Hochschulbau vorgestellt werden. Das vierte Kapitel liefert die historischen und statistischen Fakten zu den beiden untersuchten Politikfeldern. Es wird ein Überblick zum einen über die Finanzierung der Hochschulen und zum anderen über die (institutionelle) Finanzierung der individuellen Kosten der Studierenden gegeben. Im fünften Kapitel folgt dann eine – etwas sehr ausführlich geratene

– Abhandlung zur politischen Auseinandersetzung über die Studiensförderung, wenn man so will: eine Geschichte des BAFöG. Diese führt dann direkt in die Mikrowelt der Auseinandersetzung um eine Reform der Ausbildungsförderung im Jahr 2000: die erste ethnografische Teil-Studie in die „Bafög-Welt“ (S. 146). Sehr schön werden die Mechanismen der Positionierung im Machtgefüge, die mikropolitischen Kniffe, Strategien, die aufgebauten Netzwerke und Koalitionen in der Debatte, die Dynamik in und zwischen den Gremiensitzungen beschrieben und sortiert, die zu neuen Vorstößen, aber auch zu Rückzugsgefechten führen. Da geht es auch um „Deutungsmacht“ (S. 188) und um die Rollenzuschreibung von ‚Neulingen‘ und alte ‚Hasen‘. Und immer wieder wird die anfangs erarbeitete Begrifflichkeit – Wissen, Praktiken und Positionierungen – stringent durchdekliniert.

Ausgeklammert bleibt in dieser Teilstudie um die Ausbildungsförderung der Part der Ministerialbürokratie im Prozess der Programmformulierung. Es ist zwar die Rede von der asymmetrischen Verteilung von Expertenwissen, Zeit, Geld und Deutungsmacht, von der stärkeren Position des Ministeriums gegenüber der Fraktion (S. 184), aber leider wird kein Einblick in die Innenwelt des Apparates gewährt (bzw. genommen). Das hätte wohl auch die Kapazitäten der ForscherInnen überschritten. Dies ist natürlich bedauerlich, denn mit Hilfe des gewählten ethnografischen Zugangs hätte die in der Verwaltungs- und Politikwissenschaft brisante die – vor allem auf der Makro- und Mesoebene gestellte – Frage nach der Bürokratisierung bzw. Exekutivierung der Politik, auf mikropolitologische Art und Weise angegangen werden können. Das Ministerium erscheint nun zwangsläufig als eine Art Black Box. Interessiert hätten mich die Fragen: Wie verlaufen die mikropolitischen Prozesse innerhalb des Apparates im Rahmen der Gesetzesproduktion: Wer verfolgt welche Strategien, hat welche Interessen, bildet welche Koalitionen, knüpft welche Netzwerke? Oder in den Kategorien der AutorInnen: Welche Arten von Wissen werden wie weitergegeben? Welche Praktiken des Vorbereitens, des Beratens, des (Vor-)Entscheidens etc. werden gewählt und wie werden die Akteure der Ministerialverwaltung positioniert bzw. positionieren sich selbst im Feld?

Die zweite Teilstudie zur Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, vorgestellt im sechsten Kapitel, behandelt nun genau dieses Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen von Ministerialbürokratien (Bund und Land, Abteilungen und Referate) und Wissenschaftsrat – al-

lerdings nicht im Rahmen der Gesetzesproduktion, sondern bei der jährlichen Vergabe von Fördergeldern für den Hochschulbau. Nach einem Rückblick auf die Geschichte der Hochschulbauförderung in der Bundesrepublik werden Strukturen (Gremien, das Gefüge der verschiedenen Ausschüsse und deren Kompetenzen) und Regeln (z.B. Entscheidungsmehrheiten) dieses Planungs- und Aushandlungsprozesses erläutert. Es ist die Leistung der AutorInnen, das komplizierte, über mehrere Ebene laufende Verfahren dem Leser etwas näher gebracht zu haben. Zwangsläufig geht das sehr ins Detail. Aber es sind gerade diese kleinteiligen Informationen und Beobachtungen, die zum Verständnis der Mechanismen nötig sind. Im Grund handelt es sich bei diesem Mittelvergabeverfahren um Subsumtionsprozesse; entscheidungsbestimmend ist die Frage, ob die Projekte die jeweiligen Kriterien der verschiedenen Stufen der Förderungsbedürftigkeit erfüllen. Verhandlungsgegenstand ist aber nicht nur die Einordnung der Projekte; es geht bei diesem Prozess auch – im begrenzten Ausmaß – um die sehr komplexen Regeln der Subsumtion selbst bzw. um die Ausnahmen von diesen Regeln. Meister des Verfahrens sind die Experten, die diese Regeln (die Vergabekriterien und ihre Auslegung) und die Fakten der vergangenen und der aktuellen Antragslage aus dem FF beherrschen, also über einen Wissensvorsprung verfügen. Am Ende steht ein Verfahren, das für Außenstehende kaum überblickbar ist: „Rahmenplanung vollzieht sich in einer Gremienkaskade, in der das Verfahren darauf ausgerichtet ist, Entscheidungen allein aus dem geregelten Ablauf selbst heraus entstehen zu lassen“ (S. 242). Diese Erkenntnis ist ernüchternd, weil weit weg von den Hoffnungen einer konzeptionell-gestalterischen Planung. „Die Mitfinanzierung gleicht einem Investitionszuschuss (des Bundes, MW) ohne Steuerungswirkung“ (S. 254). Kein Wunder, dass aktuell die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau wieder in der Diskussion ist und die Bundesministerin diese Aufgabe allein in die Hand der Länder legen will.

Fazit: Ein erfolgversprechender Forschungsansatz und ein lesenswertes „Endprodukt“. Bei einer so gelungenen Studie kommen natürlich neue Fragen auf bzw. bleiben auch Wünsche offen: Schade, dass am Ende der Vergleich der beiden Felder der Hochschulpolitik (BAFÖG und Hochschulbau) etwas kurz geraten ist. Schade auch, dass keine ethnografische Teilstudie im Bereich einer Hochschule gemacht worden ist, wie noch im DFG-Antrag angekündigt wurde (siehe: <http://www.mikropolitik.de>). Vielleicht ist von den AutorInnen hier noch einiges zu erwarten. Einen

schönen Anfang hat Achim Wiesner über das präsidentiale Führen einer Universität (in der hso 2/2001, S. 154-182) schon gemacht. Von den geschätzten WAS IST WAS-Heften gibt es ja auch eine lange Reihe.

Martin Winter (Wittenberg)

Elisabeth Hödl: Hochschulzugang in Europa. Ein Ländervergleich zwischen Österreich, Deutschland, England und der Schweiz. Böhlau, Wien 2002. 227 Seiten, ISBN: 3-205-99421-3, €35,00

Diskussionen um den Hochschulzugang bestimmen in regelmäßigen Abständen bildungspolitische Diskussionen – immer dann, wenn bestimmte damit verbundene Probleme öffentlich wahrgenommen werden – um spätestens dann, wenn dafür (manchmal nur scheinbare) Lösungen gefunden wurden, wieder aus dem Blickfeld zu verschwinden. Das spiegelt sich auch in der Literatur dazu wieder. Zusammenfassende, komplex angelegte, empirisch begründete theoretische Arbeiten zu diesem Thema sind mehr als rar. Vor diesem Hintergrund ist es sehr verdienstvoll, dass sich Elisabeth Hödl an dieses Thema im Rahmen ihrer Dissertation gewagt hat. Allerdings zeigt sich auch dabei sehr schnell, dass es selbst in einem solchen Rahmen nicht möglich ist und sein kann, annähernd alle Facetten der mit dem Hochschulzugang verbundenen Fragen zu beleuchten, geschweige denn umfassend zu erörtern – und das auch noch in einer länderübergreifenden Perspektive. Eine solche Erwartungshaltung wäre nicht gerechtfertigt, obwohl Titel und Untertitel das möglicherweise suggerieren. Das Buch stellt Fragen der Hochschulzulassung einschließlich der Auswahl der Studienanfänger in den Mittelpunkt und bewegt sich damit auf einem Feld, das aktuell von höchstem Interesse ist. Den Anlass dafür sieht E. Hödl insbesondere darin, dass sich die Hochschulen – vor allem die Universitäten – zu Massenhochschulen entwickelt haben, deren Bedingungen durch die eingeschränkten finanziellen Rahmen dem nur sehr bedingt entsprechen und in der Folge hohe Abbrecherquoten letztlich die Bilanz und das Image der Hochschulen belasten. Vor diesem Hintergrund recherchiert und analysiert sie die Zugangsregelungen und -mechanismen in den ausgewählten europäischen Staaten, hinterfragt damit angelegte Eli-